



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland Hartz IV weiterentwickeln Sozialstaatsdebatte versachlichen

In den vergangenen Wochen stand die Debatte über die Grundsicherung für Arbeitsuchende, das so genannte Hartz IV, im Mittelpunkt. Viele Diskussionsbeiträge waren dabei weder sachlich noch zielführend. Natürlich haben wir bei der Frage, wie man mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht, besondere Befindlichkeiten. Gerade deshalb beteiligen wir uns nicht an einer Debatte, die nur spaltet statt zusammenzuführen. Wir machen Politik für alle Menschen in Deutschland und nicht für einzelne gesellschaftliche Gruppen. Wir können nur dann erfolgreich sein, wenn wir ein konstruktives Miteinander in der Gesellschaft schaffen. Dennoch gilt ebenso: Denkverbote helfen uns nicht weiter. Wir brauchen eine sachliche Debatte, wie wir künftig unseren Sozialstaat ausgestalten. Auf jeden Fall sollten wir unser Sozialsystem so weiterentwickeln, dass es motivierend wirkt, damit möglichst viele Menschen rasch auf eigenen Füßen stehen können.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. Wir haben die Langzeitarbeitslosigkeit reduziert und vermitteln heute schneller als zuvor. Jeder Bürger, Steuerzahler wie Leistungsempfänger, muss aber nachvollziehen können, wie diese Leistungen zustande kommen. Das bedeutet nicht zwingend, dass es zu höheren Hartz-IV-Sätzen kommt. Es ist aber sinnvoll, dass wir Leistungsempfängern mehr von dem belassen, was sie hinzuverdienen. Die Anrechnungssätze sollten daher mehr Anreiz zur Arbeitsaufnahme bieten. Was wir als Regelsatz anbieten, ist eine Pauschale, die keine Rücksicht auf Sonderfälle nimmt. Wir sollten sie durch Sachleistungen ergänzen, die präzise auf solche Bedarfe abzielen, um den Charme einer Pauschale beizubehalten, die dem Lohnabstandsgebot Rechnung trägt.

Besondere Bedeutung kommt hierbei dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätzen zu. Wir werden dieses Urteil schnell umsetzen. Zur Neuberechnung der Bedarfssätze für Kinder ist allerdings Voraussetzung, dass Datenmaterial vorliegt. Das ausgewertete Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes wird erst im September zur Verfügung stehen. Unsere Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen wird deshalb in einem ersten Schritt grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von finanzieller Leistung und Sach- und Dienstleistungen klären. Darüber hinaus wird auch zu entscheiden sein, inwieweit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Pauschalisierungen sinnvoll und notwendig sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat auch entschieden, dass im Rahmen der Grundsicherung in seltenen, besonderen Härtefällen ein laufender Bedarf geltend ge-

macht werden kann. Der Leistungsanspruch greift ab sofort, wenn Hilfebedürftige einen "unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf haben." Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat sich mit der Bundesagentur für Arbeit über die Definition dieser Härtefälle verständigt. Danach können Aufwendungen als außergewöhnliche, laufende Belastungen anerkannt werden. Die Leistungen werden nur gewährt, wenn eine erhebliche Unterversorgung drohen würde.

Dazu gehören im Ausnahmefall nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, zum Beispiel Hautpflegeprodukte bei Neurodermitis oder Hygieneartikel bei ausgebrochener HIV-Infektion. Auch Putz- oder Haushaltshilfen für Rollstuhlfahrer, die gewisse Tätigkeiten im Haushalt nicht ohne fremde Hilfe erledigen können und keine Hilfe von anderen erhalten, gehören dazu. Weiterhin sollen auch Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechtes mit den Kindern, also regelmäßige Fahrt- oder Übernachtungskosten, zu den Härtefällen zählen. Dies gilt in besonderen Einzelfällen auch für Kosten für Nachhilfeunterricht. Voraussetzung hierfür ist, dass es einen besonderen Anlass gibt (z.B. langfristige Erkrankung, Todesfall in der Familie). Zudem muss die Aussicht auf Überwindung des Nachhilfebedarfes innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten, längstens bis zum Schuljahresende bestehen. In der Regel können Kosten für Nachhilfeunterricht aber nicht übernommen werden, vorrangig sind schulische Angebote wie Förderkurse zu nutzen. Diese Aufzählung ist jedoch noch nicht abschließend.

Leistungen wie die Praxisgebühr, Bekleidung für Übergrößen, Brille, Waschmaschine, Zahnersatz, Orthopädische Schuhe sind aber weiterhin aus der Regelleistung und nicht mithilfe der Härtefallklausel zu bestreiten. Mit der Positiv- und Negativliste setzt das Bundesarbeitsministerium in einem ersten Schritt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um. Die Handreichung für die Praxis bewirkt Klarheit. Die Mitarbeiter vor Ort und die Leistungsbezieher können sich auf die möglichen ergänzenden Leistungen einstellen.

Zudem muss auch der Frage nachgegangen werden, wie die unterschiedliche Umsetzung der Hartz-IV-Regelungen in den Bundesländern vereinheitlicht werden kann. Das Prinzip, dass Hartz IV dazu dienen soll, so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu kommen, muss noch deutlicher werden als bisher. Die Umsetzungsfragen sind im Zusammenhang mit der Neuregelung der Verwaltungsstrukturen zu klären. Hier wird jetzt geprüft, inwieweit die SPD sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag bereit ist, mehr für Optionskommunen zu tun.

Die Woche im Parlament

In dieser Woche haben wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF)** beschlossen. Für die Beteiligung an ISAF in Afghanistan sind bis zu 5.350 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung vorgesehen: Das bedeutet eine Erhöhung um 850 Soldaten. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können bis zum 28. Februar 2011 eingesetzt werden, solange eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.

Die Bundesregierung unterrichtete uns in dieser Woche über die **Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland**. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft steht seit einiger Zeit tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gegenüber. Wichtige Herausforderungen sind die zunehmende Internationalisierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte, die verstärkte Regionalisierung der Wohnungsmärkte sowie der Klimawandel und die demografische Entwicklung in Deutschland. Um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind ganzheitliche Handlungsansätze in der Raumordnungs-, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik unverzichtbar. Der Bericht geht daher auch auf aktuelle Entwicklungen in diesen Politikfeldern ein.

Der **Jahresbericht 2008 des Wehrbeauftragten (50. Bericht)** befasste sich im Schwerpunkt mit der Ausstattung der Truppe und dem Sanitätsdienst. Der Wehrbeauftragte nannte zudem Voraussetzungen für eine Verbesserung der Attraktivität der Bundeswehr und des Soldatenberufes. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, dass der Auftrag der Soldaten in der Öffentlichkeit als Selbstverständlichkeit wahrgenommen und dass die soziale Anerkennung des soldatischen Dienstes in der Gesellschaft nicht hinreichend gewürdigt werde.

Die **39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes** dient der Umsetzung der EU-Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa in deutsches Recht, soweit die Umsetzung nicht durch Gesetz erfolgt. Sie trifft für besonders gesundheitsschädliche Feinstäube mit einem aerodynamischen Durchmesser kleiner als 2,5 Mikrometer erstmals immissionsseitige Festlegungen (u.a. Ziel- und Grenzwerte, nationale Reduktionsziele bzw. nationale Reduktionsverpflichtungen).

Das in 1. Lesung beratene **Ausführungsgesetz zur EU-Ratingverordnung** soll zur besseren Aufsicht über Ratingagenturen beitragen. Den Ratingagenturen wird in der Finanzmarktkrise ein folgenreiches Versagen zum Vorwurf gemacht, da sie die schlechte Marktlage nicht früh genug in ihren Bewertungen („Ratings“) zum Ausdruck gebracht und bei Zuspitzung der Krise diese nicht rechtzeitig angepasst haben. So wurde ein System der scheinbaren Sicherheit geschaffen, das es zukünftig auszuschließen gilt.

In 1. Lesung haben wir das **Fünfte Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes** beraten. Im Wesentlichen handelt es sich um technische Anpassungen, die in Folge der Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund, der Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben sowie verwaltungstechnischer Vereinfachungen vorgenommen werden.

Das **Erste Gesetz zur Änderung des Direktzahlungsverpflichtungsgesetzes**, welches wir in 1. Lesung beraten haben, dient der 1:1-Umsetzung der zugrundeliegenden europäischen Verordnungen im Bereich der Landwirtschaft. Vorgenommen wird die formale Umsetzung der neuen Cross-Compliance-Verpflichtungen im Bereich Wasserbewirtschaftung und Gewässerschutz. Zudem werden bestimmte Beihilfen im Weinsektor in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen.

Ziel unseres gemeinsam mit der FDP eingebrachten Antrages **Kulturtourismus in Deutschland stärken** ist es, das

reichhaltige kulturelle Angebot in Deutschland besser für den Kulturtourismus nutzbar zu machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Kultur- und der Tourismusbranche beizutragen und mangelndes gegenseitiges Verständnis abzubauen zu helfen. Vorgeschlagen werden u. a. ein gemeinsames Kulturtourismuskonzept, die Auslobung eines Wettbewerbs "Kulturregion Deutschland" und die Schaffung einer Plattform für kulturtouristisches Marketing.

Das in 1. Lesung beratene **Erste Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes** dient der 1:1 Umsetzung der Richtlinie 2007/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007. Damit soll die Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität (Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie) weiterentwickelt werden. Die Richtlinie aktualisiert die Vorschriften für die audiovisuelle Branche und schafft einen umfassenden Rechtsrahmen, der sämtliche audiovisuellen Mediendienste abdeckt. Ziel ist es, die Rechtssicherheit innerhalb der Gemeinschaft zu verbessern und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Daten und Fakten

Familienunternehmer rentabler als andere Unternehmen: Die großen familiengeführten Unternehmen in Deutschland haben ihre finanzielle Stabilität in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. 2007 konnten sie ihre Eigenkapitalquote auf 30,8 Prozent erhöhen, während die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller Unternehmen in Deutschland bei nur rund 20 Prozent lag. Auch bei der Umsatzrentabilität lagen sie mit 3,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt (2,3 Prozent). Auch für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten die großen Familienunternehmen einen wichtigen Beitrag. Ihre Investitionsquote für Forschung und Entwicklung betrug 4,8 Prozent gegenüber dem Schnitt 3,9 Prozent aller in diesem Bereich tätigen Unternehmen. Von hoher Bedeutung sind große Familienunternehmen zudem für den Arbeitsmarkt: Obwohl sie nur 0,1 Prozent aller Unternehmen in Deutschland ausmachen, sind 14 Prozent aller Beschäftigten bei ihnen tätig.

(Quelle: BD)

Ausbildungspakt trotz Krise erfolgreich: Trotz der Wirtschaftskrise ist die Lage am deutschen Ausbildungsmarkt insgesamt positiv. Zwar ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 8,2 Prozent auf 566.000 zurückgegangen, dennoch konnte jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung gemacht werden. Insgesamt sind zum jetzigen Zeitpunkt noch 4.400 Bewerber unversorgt. Ihnen stehen jedoch deutlich mehr offene Angebote zur Verfügung, darunter allein 11.100 unbesetzte Plätze in der Einstiegsqualifizierung.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de